



Fotos: me. bfr



Um Boni zahlen zu können, müssen Projekte wie die „Mädchenoase“ vom freien Träger Dolle Deerns bei Honorarkräften sparen.

Von STEPHANIE LAMPRECHT

Corona-Bonus killt Jugendarbeit

UNGLEICHGEWICHT Stadt macht für öffentlichen Dienst zusätzliche Millionen locker, freie Träger gehen leer aus

Sie haben während der Pandemie die Spielhäuser, Jugendzentren und Beratungsstellen möglichst offen gehalten, versucht, Kindern und Jugendlichen eine Stütze zu sein. Laut Tarifvertrag stünde auch den Beschäftigten in der offenen Jugendarbeit ein Coronabonus zu. Doch während die Stadt für ihre Kollegen im öffentlichen Dienst zusätzliche Millionen lockermacht, gehen die freien Träger leer aus – und müssen Angebote für Kinder streichen.

1300 Euro Corona-Bonus für jeden Beschäftigten sieht der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vor, Geld, das Jugendhilfeprojekte in freier Trägerschaft in ernsthafte Schieflage bringen kann: „Die Einrichtungen sind arbeitsrechtlich verpflichtet, die Corona-Gratifikation auszubehalten. Doch sofern die Sonderzahlung nicht von der Stadt refinanziert wird, reicht das Geld nicht bis zum Ende des Jahres“, erklärt Sandra Küchler vom alternativen Wohlfahrtsverband SOAL.

Sozialarbeiter, die bei freien Trägern beschäftigt sind, werden „angelehnt an den Tarifvertrag“ bezahlt: „Das ist politischer Wille, weil wir

ja auch staatliche Aufgaben übernehmen“, erklärt Anja Post-Martens vom Verband der Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. Gleiches Geld für gleiche Arbeit, so steht es im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz.

Doch während sich Jugendbetreuerinnen in staatlichen Einrichtungen über 1300 Euro Corona-Sonderzahlung freuen, müssen freie Träger die Summe irgendwie aus den ohnehin knappen Zuwendungen der Bezirke stemmen, die das Geld ihrerseits von der Sozialbehörde bekommen.

Extra-Geld für die Boni sei nicht vorgesehen, heißt es auf MOPO-Nachfrage aus der Sozialbehörde: „Wenn Arbeitgeber Zusagen zum

Beispiel für Boni gemacht haben, müssen sie diese im Rahmen ihrer Zuwendungen bezahlen.“ Zum Vergleich: Allein für die Beamten-Boni macht der Hamburger Senat 51 Millionen Euro zusätzlich locker.

Die Folgen der unterschiedlichen Handhabung bekommen Kinder und Jugendliche zu spüren: „Um die Boni zahlen zu können, müssen die Träger bei den Honorarkräften sparen“, sagt Anja Post-Martens. Honorarkräfte sind häufig diejenigen, die Hausaufgabenbetreuung anbieten, Kochkurse oder Sportkurse.

Wiebke Kahl, Geschäftsführerin bei „Dolle Deerns e.V.“, einem Projekt, das sich

an sieben Standorten um Mädchen kümmert, erklärt die Auswirkungen: „Wenn wir 3700 Euro Corona-Boni zahlen müssen für unsere Teilzeitbeschäftigten, dann gucken wir auf die Sachkosten und sehen, wir haben 1700 Euro für Kopierpapier. Die können wir nehmen, müssen aber trotzdem noch Angebote für 2000 Euro streichen.“

Ulla Kutter, Sozialarbeiterin und Koordinatorin beim Kinder- und Familienzentrum (Kifaz) Schnelsen, berichtet, dass das Zentrum während der Pandemie immer offen war: „Wir haben alle möglichen Abhol-Aktionen organisiert, um weiterhin als Ansprechpartner für die Kinder da zu sein.



Wiebke Kahl, Geschäftsführerin Dolle Deerns, sorgt sich um die Finanzierung des Projekts.

Und der Bedarf war riesig.“

Kutter rechnet mit rund 7000 Euro an Bonuszahlungen für die Kifaz-Beschäftigten. Geld, das für die dringend benötigten Dolmetscher fehlen würde, die Familien bei Behördengängen helfen: „Entweder wir streichen diese Hilfe für die Familien oder wir bezahlen unsere Leute nicht tarifgerecht. Beides macht mich sauer.“

Der alternative Wohlfahrtsverband SOAL fordert die Politik zum Umsteuern auf: „Hier geht es um Verteilungsgerechtigkeit und es kann nicht sein, dass ausgerechnet bei diesen Projekten der Rotstift angesetzt und auf dem Rücken der Kinder- und Jugendarbeit eingespart wird“, so Sandra Küchler.